Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 119. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonntag, den 24. Mai 1931. | 13. Jahrgang.

Geist der Weisheit gib uns allen,
Durch dein Licht Unterricht,
Wie wir Gott gefallen.
Lehr uns recht vor Gott zu treten,
Sei uns nah und sprich ja,
Wenn wir gläubig beten.

Hilf uns, nach dem Besten streben,
Schenk uns Kraft, tugendhaft
Und gerecht zu leben.
Gib, daß wir nie stille stehen;
Treib uns an, froh die Bahn
Deines Worts zu gehen.

Pfingstgeist.

Der Vater wird Euch den Geist der Wahrheit, den die Welt nicht empfangen kann, weil sie ihn nicht sieht und nicht kennt, geben. Joh. 14, 16. 17.

Es wäre furchtbar, wenn wir in einer Welt ohne Wahrheit leben müßten. Oft scheint es ja so. Sieht man in das öffentliche Leben, wie viel Unwahrheit! Es wird nicht nur viel gelogen, sondern die Welt will belogen sein. Die Menschen manchen sich nur zu gern etwas vor, täuschen und lassen sich täuschen.

Weil die Menschen der Wahrheit widerstreben, widerstreben sie auch dem Geist Gottes. Denn der Geist Gottes ist unerbittlich wahr. Wahrhaftigkeit ist Gottes Wesen. Stellen wir uns dem Geist Gottes zur Verfügung, dann kommt in unser ganzes Wesen, in unsere Worte, in unsere Gedanken, in all unser Tun Wahrheit. Von innen heraus bildet sich der Wahrheitssinn in uns, denn der Geist Gottes arbeitet am innersten Menschen, rüttelt uns auf zum beständigen Kampf gegen die in uns wohnende Unaufrichtigkeit.

Den Geist kann Gott darum einem Menschen nicht aufdrängen. Der Geist wird nur unser persönlicher Besitz, wenn wir ihn wollen, wenn wir ihn rufen, wenn wir an ihn glauben und ihn erbitten. Der Geist stellt sich nur auf das Gebet ein, was aus der Tiefe des menschlichen Herzens kommt und deshalb empfangen wir den Geist nie unvorbereitet. Soll es Pfingsten bei uns werden, so muß bei uns wie bei den Jüngern ein Umgang mit Jesus vorausgehen. Erst müssen wir zu seinem Wort, in dem der Geist lebendig ist, innerlich Ja sagen. Denn jedes seiner Worte atmet heiligen Geist Gotts, der ihn ganz und gar erfüllt. Alles, was uns im Umgang mit Christus aufhält, stammt vom Geist. Darum ist Jesus so ganz anders als andere Menschen, darum ist sein Wort so gewaltig, seine Strafrede so zutreffend, sein Trostwort so erquickend, weil der Geist Gottes aus ihm redet. Zu allem was er tut, treibt ihn der Geist. Er tut nichts, losgelöst von der Leitung des Geistes, der ganz eins mit ihm ist. Darum paßt sein Wort nicht in die Welt.

Wo man den Geist der Wahrheit nicht will, da fängt die Welt an und hört die Gemeinde Jesu Christi auf. Ernsthaft vom Geist zu reden, erscheint der Welt wie eine Träumerei; nur Phantasten reden vom Geist, keine nüchternen, vernünftigen Menschen. Aber für die Glieder der Gemeinde Jesu Christi ist es die entscheidende Frage, ob ihre Glieder den Geist haben oder nicht. Soweit die Christen das geisterfüllte Wort verkünden, hat ihre Predigt eine gewaltige Kraft, steht sie unter der reinigenden Zucht des lebendigen Gottes, ist sie bereit zum heiligen Dienst an den Menschen um Gottes willen. Daran hängt der Bestand der Kirche, daß sie anhält am Gebet und Flehen um diesen Geist.

Nur so lange die Gemeinde um den Geist fleht, besitzt sie den Geist. Nur so lange ist der Geist in ihr gegenwärtig. Die geisterfüllte Gemeinde aber ist unüberwindlich, sie siegt über Heidentum und Verweltlichung. Widerstrebt die Gemeinde dem Geist der Wahrheit, so verweltlicht sie und wird ohnmächtig. Simon.

Was vorgeht.

Ueber Deutschland, wenigstens über unser Westfalenland, breitet sich in diesen Maientagen eine Frühlingspracht und Blütenfülle aus, wie es selten erlebt wird. Wohl ist über einigen Landstrichen eine Regenflut niedergegangen, die manches zerstört hat. Aber sonst ist die Blüte vor Maifrösten verschont geblieben und die Witterungsverhältnisse sind den ganzen Mai hindurch derart gewesen, daß nach alten Bauernsprüchen in diesem Jahr wieder gefüllte Scheuer und gefülltes Faß zu erwarten ist. So könnte das, was die Natur an guten Gaben verheißt, die Herzen zu den Pfingsttagen, die uns jetzt grüßen, froh und frei stimmen. Und doch ist auch jetzt wieder der politische Himmel Deutschlands voller Wolken.

Sicher haben auch die deutschen Politiker, die nach dem noch sonnigeren Genf gefahren sind, um einen Teil wichtiger politischer Fragen dort ihrer Lösung entgegen zu führen, nicht daran gedacht, daß auch diese Aktion wieder enden würde mit einem solchen einmütigen Geschrei über die deutsche Hinterhältigkeit, deutsches Ungeschick, deutschen Imperialismus, deutsche Streitsucht. Der deutsche Außenminister Dr. Curtius hat sich ja recht energisch dagegen verwahrt, auch jetzt wieder als der Friedensstörer hingestellt zu werden, aber es läßt sich nicht daran zweifeln, daß sich die Deutschen einer so einigen Gegnerschaft gegenüber sahen, wie das lange nicht der Fall gewesen ist. Die Dinge werden dort in Genf immer so gedreht, daß vor der ganzen Welt der Eindruck entsteht, die Deutschen seien Menschen, denen niemand über den Weg trauen könne.

Unsereiner hat nicht die Möglichkeit, alles zu durchschauen, was an ehrlichem Bemühen geschieht, um solche Staatsaktionen ins Werk zu setzen oder was hinter den Kulissen vorbereitet wird von denen, die es gewohnt sind, auf dem politischen oder diplomatischen Parkett zu wandeln und die auch wissen, daß da oft Wege beschritten werden müssen, von denen das „souveräne" Volk keine Ahnung hat und von denen es nichts wissen darf. Wenn daher ein deutscher Vertreter, wie jetzt Minister Curtius, eine ihm aufgetragene Sache in einer Weise erledigt, die dem schlichten Staatsbürger durchaus sympathisch ist, kann es sich doch herausstellen, daß die Zunftgenossen gar nicht mit ihm zufrieden sind. Es ist doch etwas sehr Ungewöhnliches, wenn jetzt behauptet wird, ein Artikel in der „D.A.Z.", der den Rücktritt Dr. Curtius' forderte, stamme aus Regierungskreisen selbst und der Reichskanzler stehe dahinter. Inzwischen mag schon mehr Klarheit in diese Angelegenheit gekommen sein und es ist vielleicht nicht zweckmäßig, irgendwie Stellung dazu zu nehmen. So weit es aus den vorliegenden Nachrichten festzustellen war, handelte es sich aber darum, daß die Regierung zu der Ueberzeugung gekommen sei, der Augenblick sei jetzt da, wo Deutschland genötigt sei, eine andere Stellung als bisher zum Völkerbund einzunehmen. Es sei zu überlegen, ob Deutschland in Genf oder außerhalb Genfs stärker sei. Das deutsche Volk ertrage die Fußtritte nicht mehr, die ihm im Völkerbund verabreicht werden.

Der Artikel der „D.A.Z." ist dann in der Presse sehr lebhaft besprochen worden. Je nach der parteipolitischen Einstellung wurde der Artikel entweder als eine neue deutsche Ungeschicklichkeit bezeichnet oder er wurde als erster Schritt auf einem Wege begrüßt, den Deutschland doch einmal gehen müsse, wenn es sich seiner staatlichen Rechte im Kreis der selbständigen Staaten nicht ganz begeben wolle. Es vergeht keine Woche, die nicht eine neue Bestätigung der Auffassung bringt, daß für einen deutschen Staat, der die Kräfte und Fähigkeiten seines Volkes seiner geographischen Lage und seinen Lebensbedürfnissen entsprechend mobil zu machen und auszuwerten sucht, in diesem Völkerbund auf die Dauer kein Platz ist. Man kann des ehrlichen und guten Willens sein, durch einen solchen Zollvertrag friedlichster Arbeit den Weg frei machen zu wollen, wird aber dort, wo andere Großstaaten wirtschaftliche Interessen gefährdet sehen, niemals auf Anerkennung rechnen können. Welche Möglichkeiten würden sich für die Staaten Mitteleuropas und für die Südoststaaten ergeben, wenn zwischen allen diesen Staaten Warenverkehrsverhältnisse geschaffen würden, wie sie in der Vorkriegszeit zwischen den deutschen Bundesstaaten bestanden. Die Politiker in jenen Staaten im Osten und Südosten, welche die Sorge haben, deutsche Industrien würden ihre Länder so mit Waren überschwemmen, daß jede eigene Industrie unterbunden würde, handelten sicher im Interesse ihrer Völker, wenn sie jetzt mit Entschlossenheit einen Weg gingen, der zu jener Zeit keinem der deutschen Bundesstaaten Nachteile gebracht hat. Es hat keinen Wert, nach den jetzt wieder in Genf gemachten Erfahrungen große Hoffnungen auf die Paneuropapläne Briands zu setzen. Es widerstrebt einem auch, weitere Worte zu verlieren über den theatralischen Abschluß, den Briand der Aussprache in Genf nach der letzten Rede Curtius' gab. Aber Deutschland und Oesterreich und alle die Staaten, denen an der Gestaltung einer Zukunft liegt, die nicht durch Frankreichs Machtstreben gefährdet ist, sollten sich jetzt nicht beirren lassen und diesen ersten ernstlichen Versuch einer friedlichen Entwicklung weiterführen, ohne Rücksicht darauf, ob alles genau mit den Friedensverträgen übereinstimmt, die von Sachkennern doch nur als Fehlfabrikate bezeichnet werden. Läßt man alle die neuen Situationen an den Gedanken vorüberziehen, die im Laufe der Jahre durch Wechsel der Regierungen, durch immer neue Konferenzen, durch neue Abkommen wie das Dawesabkommen, den Vertrag von Locarno, den Youngplan geschaffen wurden und vergegenwärtigt sich, welche neuen Hoffnungen dann immer auf diese neue Lage gesetzt wurden und stellt dem gegenüber, was sich von diesen Hoffnungen erfüllt hat, so sollte man meinen, die letzten Erlebnisse müßten es jedem Deutschen zur Gewißheit gemacht haben, daß die dauernde Achtung und Anerkennung dieser „Verträge" Deutschland nie wieder zu einem selbständigen Staat werden läßt, der das Schicksal seiner Bürger in die Hand nehmen und darüber bestimmen kann, es sei denn, daß bolschewistische Gewalten das Land zur Wüste und das Volk zu Sklaven machen, so, wie es für gewisse Mächte erwünscht ist. Wir sehen eben die Rettung nur in einer Umgestaltung aller Lebensverhältnisse, für die allerdings Vorbedingung ist eine sittliche und völkische Erneuerung des deutschen Wesens. Die wirtschaftlichen Vorbedingungen sind unter allen Umständen gegeben, sowohl in den Grenzen des eigenen Staates wie auch im Rahmen der modernen Weltwirtschaft.

Es ist ein recht unerfreuliches Bild, das die wirtschaftliche und innerpolitische Lage in Deutschland zur Zeit bietet. In diesen Tagen waren die Finanzminister der deutschen Länder in Berlin zusammen. Im Reich soll es sich wieder um ein Milliardendefizit handeln. Das kann auch gar nicht anders sein. Wirkliches Einkommen und Vermögen ist zuletzt doch nur das, was als Lohn oder Gewinn bei der Produktion von handels- oder tauschfähiger Ware herauskommt. Und gerade aus diesem Produktionsprozeß werden immer mehr Hände ausgeschaltet, sodaß man sich zuletzt nur wundern muß, woher die Steuern überhaupt noch kommen, die für die Aufrechterhaltung des Verwaltungsapparates, die Bezahlung der Gehälter, der Pensionen, der Unterstützungen an Arbeitslose, an Rentner, an Kranke und Bedürftige aller Art nötig sind. Was sich aber da an immer stärker zunehmenden Schwierigkeiten und Nöten zusammenballt, sind alles etappenmäßige Folgen einer Entwicklung, die von den Gegnern der geübten Erfüllungspolitik von Anfang an vorausgesehen wurden. Wenn daher heute auch solche Richtungen, die bisher immer noch meinten, Deutschland müsse und werde es schaffen, bei der Besprechung des Wahlergebnisses in Oldenburg davon reden, daß unter den heutigen Verhältnissen die Demagogen, die alles versprechen, weil sie nichts zu halten gedenken, gewonnenes Spiel haben und keine Wahl normal ausfallen kann, so sollen sich diese Richtungen fragen, ob nicht doch die bisherigen Enttäuschungen in der bisherigen Friedenspolitik die größeren und wahreren Ursachen einer Volksstimmung sind, wie sie jetzt wieder durch die Wahl in Oldenburg zum Ausdruck gekommen ist. Ein demokratisches Blatt, das den Demagogen und dem Volke die Schuld gibt, spricht dann aber auch merkwürdigerweise den folgenden Gedanken aus:

„Immerhin, das Oldenburger Ergebnis zeigt, unter welchem ungeheuren Druck die Reichsregierung steht. Sie kämpft gegen Strömungen, die, durch bedenkenlose Agitation übersteigert, eine Realität darstellen, mit der Politik und Wirtschaft, In- und Ausland rechnen müssen. Auch die stärkste Autorität, auch das Zusammenarbeiten von Männern wie Hindenburg, Brüning und Braun kann auf die Dauer nicht ausreichen, wenn nicht von außen eine Erleichterung materieller und psychologischer Art eintritt . . ."

Wenn dann auch jenes demokratische Blatt, wie das ja nicht anders sein kann, von verhängnisvollen Wirkungen der Schieleschen Agrarpolitik redet und die eben zugegebenen Tatsachen damit abzuschwächen sucht, so ist die Feststellung doch wertvoll, daß auch von der Seite diese Ursache erkannt und genannt wird. Schließlich sind

es doch nur die immer wieder erlebten Enttäuschungen in bezug auf die gerechte Liquidierung des Krieges, die das deutsche Volk nicht zur Ruhe kommen lassen und die dazu zwingen, andere Wege einzuschlagen, wenn die bisherigen zu keinem Ziele führen. „Nur eine großzügige Allgemeinlösung könne heute Europa noch vor der Katastrophe retten", hat der englische Außenminister Henderson in Genf erklärt. „Die Hauptsache sei ein Abbau der ins Unsinnige gestiegenen und immer noch weiter anwachsenden Zolltarife. Der Geist dieses engherzigen und d u m m - e g o i s t i s c h e n Zollsystems sei es, der uns bis zum Ersticken vergifte". Leider hat auch Henderson das Mittel einer großzügigen Allgemeinlösung nicht angeben können. Mit dem dumm-egoistischen Zollsystem hat er sicher auch das Urteil gesprochen über den deutsch-österreichischen Zollvertrag. Es wäre aber schlimm, wenn das Ergebnis der Genfer Verhandlungen den einzelnen Staaten Veranlassung geben würde, noch weiter auf das zu warten, was vielleicht einmal aus dem Schoß des Völkerbundes heraus geboren werden könnte.

Ueber den Stapellauf des Panzerkreuzers „Deutschland" in Kiel ist ausführlich berichtet, Erfreuliches und Unerfreuliches. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" schreibt:

„Unter den eingeladenen Gästen befanden sich selbstverständlich auch die Vertreter der Presse, auch derjenigen Presse, die keinen Tag vorübergehen läßt, um in nicht wiederzugebender Weise alles in den Schmutz zu ziehen, was nur irgendwie an Wehr und Wehrhaftigkeit gemahnt. Dagegen hat man unverständlicherweise versäumt, die nationalsozialistische Presse einzuladen, deren Einstellung zum Wehrgedanken doch reichlich über jeden Zweifel erhaben ist. Man hat dieser Presse sogar Eintrittskarten ausdrücklich verweigert. Infolgedessen blieben die nationalsozialistischen Abgeordneten des Haushaltsausschusses, die nach einem alten Brauch eingeladen wurden, der Taufe fern. Man wirft der nationalsozialistischen Presse vor, daß sie den Reichswehrminister und Offiziere der Reichswehr beschimpft habe. Die Nationalsozialisten seien auch nicht „legal". Aber sollten bei dem Stapellauf eines so heiß umkämpften Schiffes nicht ganz andere Erwägungen im Vordergrund stehen? Der Nationalsozialismus kämpft mit dem Mut der Verzweiflung um Heer und Flotte; er will Deutschland wieder wehrfähig machen, da ein wehrloser Staat (s. Genf) am Boden gehalten wird. Dabei braucht man durchaus nicht alle Methoden des nationalsozialistischen Kampfes zu billigen. Aber steht dieser Kampf seinem geistigen Gehalt nach nicht turmhoch über der niederträchtigen Zersetzungspropaganda der Presse, deren Vertreter dem Taufakt beiwohnten? Mosses Tageblatt leitet den Festartikel folgendermaßen ein:

„Eine Regie, an deren politischer Vernunft man zweifeln kann, hat den Stapellauf des Panzerkreuzers A zu einer militaristischen Veranstaltung großen Stils gemacht. Mit Hindenburg als Taufpaten des neuen Schiffes, mit Riesenmengen von Zuschauern, mit Schulkindern, die in den Straßen von Kiel Spalier stehen, mit Prozessionen vaterländischer Vereine, Ehrengästen und Rundfunkübertragung. Und mit einer Flut von Reden, in denen das Kriegsschiff als Symbol deutscher Wehrhaftigkeit, als Zeichen deutschen Wiederaufstiegs gepriesen wird. Statt mit einer würdigen, aber bescheidenen Werftfeier das Schiff ins Meer zu lassen, das in seiner beinahe schon klassischen politischen Vergangenheit nichts Gutes brachte, bietet man der Galerie ein Schauspiel."

So sieht es um die politische Mentalität zu Pfingsten 1931 noch in Deutschland aus. Möge das vorzeitige Abgleiten des Schiffes in sein Element kein schlechtes Zeichen sein für die Zukunft. Kr.

Das Zentrum in der Zwickmühle.

Die deutsche Zentrumspartei befindet sich augenblicklich in einer wenig beneidenswerten Lage. Ereignisse der letzten Zeit scheinen geeignet zu sein, eine arge Verstimmung zwischen dem Zentrum und seinen Bundesgenossen, besonders in Preußen, aufkommen zu lassen. Bekanntlich hat das Zentrum seit dem Kriege im Reich größtenteils und in Preußen bis auf den heutigen Tag mit der Sozialdemokratie regiert. Obwohl diese Ehe nicht immer restlos glücklich war, sondern oftmals durch bedenkliche Kompromisse vorhandene Schwierigkeiten überwunden werden mußten, hat das Zentrum es doch vorgezogen, einen klaren Trennungsstrich zwischen sich und der Sozialdemokratie zu vermeiden, weil dieses Geschäft immerhin etwas einbrachte. Nach Art des Kommunismus hat man, am stärksten in Preußen, den Verwaltungsapparat an sich gebracht; und wenn auch die Sozialdemokratie den Löwenanteil erhielt, hat doch auch das Zentrum, trotz lauten Rufens nach Parität, es verstanden, seine Vertrauensleute überall vorzuschieben. Es gibt in Berlin Ministerien, die „schwarz" sind wie die Nacht, ganz abgesehen von den Verwaltungsbehörden in den Provinzen und Kommunen. Eine kleine, mit viel Geräusch vorgetragene Abwechslung dieser unnatürlichen Harmonie brachten nur die Wahlkämpfe. Da besann sich jedesmal das Zentrum auf seine christliche Weltanschauung und vor allem auf das Wohlergehen der katholischen Kirche, die gegen die böse christentumsfeindliche Sozialdemokratie geschützt werden müsse. Nach der Wahl gab es keine Bedenken, mit derselben Sozialdemokratie das Jahrhundert in die Schranken zu fordern, das heißt, mit ihr in Preußen und in Deutschland zu regieren. Dadurch wurde der Sozialdemokratie eine Machtfülle beschieden, die benutzt wurde, unter einem gewissen Deckmantel Ziel um Ziel zu erreichen, einerlei, ob dem braven Zentrumsgenossen dabei wohl oder übel zu Mute war. Komplikationen befürchtete man anscheinend nicht, da die Ehe mit dem Zentrum stark genug erschien, kleinen Stürmen standzuhalten.

Aber man darf den Bogen nicht überspannen. Die Wahrheit dieses Sprichwortes mußten auch die sozialdemokratischen Machthaber in Preußen über sich ergehen lassen. Man hatte sich zu weit vorgewagt und Dinge zugelassen, bezw. gefördert, die den geduldigsten Zentrumsmännern denn doch zu weit gingen. Bei der letzten Beratung des Haushaltungsetats brach das Gewitter durch. Das Zentrum schickte seinen ehrwürdigen Herrn Faßbänder vor, der, wenn auch in seiner Art vornehm, doch mit einer selten sachlichen Schärfe dem sozialdemokratischen Bundesgenossen ein langes Sündenregister über sein gottloses Tun und Treiben unterbreitete und in entschiedener Weise Abkehr von den bisherigen Wegen forderte, da sonst das Zentrum — na ja, ein Ultimatum wurde zwar noch unterdrückt, aber der Innenminister Severing hatte alle Mühe, die Gemüter zu beruhigen. Mißverständnisse, Eigenmächtigkeiten nachgeordneter Organe, die gerügt werden müßten, sollten schuld an diesem häuslichen Streit sein. Wer nun aber geglaubt hat, dieser Notschrei gegen seinen Bundesgenossen würde eine merkliche Abkühlung oder sogar eine Trennung zur Folge gehabt haben, der hat sich geirrt. Das Zentrum kann so, es kann aber auch anders. Nachdem Faßbänder den Interessen der katholischen Kirche in beredsamen Worten Ausdruck verliehen hatte, beeilte sich der Zentrumsführer in Preußen, Herr Dr. Heß, das andere Gesicht des Zentrums zu zeigen, indem er erklärte, daß das, was sein Freund Faßbänder gesagt, zwar richtig sei, aber von einer Gefährdung der Koalition keine Rede sein könne. Faßbänder nannte die Geschehnisse einen Skandal und Heß versicherte gleich darauf der Sozialdemokratie weiter treue Gefolgschaft. Es wird ja Sache des Zentrums sein, diesen Widerspruch aufzuklären und seinen Wählern schmackhaft zu machen. Aber, das ist unsere Meinung, lange wird sich die katholische Wählerschaft, trotz der sich so oft bewährten Disziplin, dieses doppelte Gesicht nicht mehr gefallen lassen. Allerdings, solange Herr Heß, der uns schon aus der Vorkriegszeit als Heißsporn bekannt ist, besonders wenn es sich um Paritätsfragen handelte, die Zentrumsführung in Preußen fest in der Hand hat, dürfte an eine Lösung dieser unnatürlichen Weggenossenschaft mit der Sozialdemokratie nicht zu denken sein, es sei denn, was wir gern hoffen wollen und herbeisehnen, daß die Wahlen, sei es im Herbst, spätestens aber im Frühjahr, dieser ein gewaltsames Ende bereiten.

Zu dieser Klemme des Zentrums, die auf innerpolitischem Gebiet liegt, kommt eine zweite, die man wohl als außenpolitisch bezeichnen darf. Zwar liegt Spanien weit ab vom Schuß und haben seine innerpolitischen Vorgänge mit dem deutschen Zentrum nichts zu tun. Aber die katholische Kirche ist international und wenn revolutionäre Umwälzungen in Spanien in ihrer Auswirkung dazu führen, daß über 100 Klöster und Kirchen ausgeplündert und verbrannt wurden, die Geistlichen flüchten mußten und Greueltaten sich bergehoch auftürmten, dann schmerzt das auch Deutschlands Katholiken, deren Augen angsterfüllt nach jenem Lande schauen, in dem unter der Maske Republik und Demokratie der Bolschewismus sein Unwesen treibt. Dieser Schmerz ist zu verstehen. Daß aber die Bundesgenossen, die Republikaner und Demokraten aller Schattierungen hier in Deutschland diesem Treiben in Spanien zujubeln, die Thronstürzer und Mordbrenner als große Staatsmänner feiern, das ist dem Zentrum mächtig in die Glieder gefahren. Man kann einwenden, das Zentrum sei ja selber republikanisch und demokratisch durch und durch. Jawohl, bei uns in Deutschland! In Spanien aber stand das katholische Land unter der Herrschaft einer katholischen Dynastie. In Deutschland kann die katholische Kirche einen „Brückenkopf" nach dem anderen errichten, d. h. Kirchen und Klöster ungestört bauen, während in Spanien unter der Herrschaft der Demokratie diese geheiligten Stätten dem Erdboden gleichgemacht werden. Da kann man die Verlegenheit des führenden Zentrumsorgans „Germania" verstehen, das sich schmerzerfüllt gegen die Blätter der Koalitionsparteien, insbesondere gegen das Berliner Tageblatt wenden muß, das in bezug auf die Vorgänge in Spanien jubelte und mit ästhetischer Feinschmeckerei zu schildern

„Das Lied vom Tode" —

so heißt e i n B u c h, das vor ein paar Tagen erst erschien und jetzt in meinen Händen liegt. Die Hände, die drin blättern, die Augen, die drin lesen — sie sind eines Menschen, der Heimweh hat nach seinem ersten, lieben, reichbegabten Töchterlein, dessen verwesender Leib, sechs Jahre alt, seit zehn Wochen ruht in dunkler Erde eines kleinen Bergfriedhofs. — Bin ich nicht einer, der vom Lied und Leid des Todes aufs tiefste erschüttert worden ist? Dem immer wieder die Frage auf der Seele saß: „Ist sie tot oder lebt sie?"

„Das Lied vom Tod" — was soll ich damit? Wird es mich trösten können in meiner Trauer über den Tod?

Wahrlich, wäre das Buch nicht mehr als ein Lied vom T o d, es wäre schnell für mich erledigt. Aber, es ist in Wirklichkeit viel mehr ein Lied vom L e b e n als vom Tod! Hundert und aber hundert Menschen singen darin das Lied vom Leben derer, die da glauben an den, der das Leben hat in sich selbst und die in Ewigkeit nicht sterben — (Joh. 11, 25, 26). Aus allen 20 Jahrhunderten der christlichen Kirche ist b e s t e s D i c h t u n g s g u t edelster Zeugen gesammelt. Sie alle singen und sagen von dem Vergänglichen und Nur-Vorläufigen dieses irdischen Daseins, vom Dunkel des Todesgangs und von der Herrlichkeit darnach. Das ganze Buch ist eine einzige, wunderbar ergreifende, mächtige Kundgebung christlichen Glaubens und Hoffens! Und während ich blättere und lese, fängt meine bedrückte Seele an, mit zu jubeln im Chor der vielen gläubigen Geister. Da höre ich die Stimmen von Cyprianus, Augustinus, Bonifatius, Arndt, Blumhardt, Böhme, Brentano, Calvin, Claudius, Dante, Droste, Dürer, Eichendorff, Feesche, Franziskus, Gellert, Gerhardt, Gerock, Goethe, Heermann, Hiller, Karbe, Kerner, Klopstock, Knapp, Lienhardt, Luther, Mörike, Rappard, Rückert, Scheffler, Schiller, Zinsendorf, Zeller, Woike. — Bin ich da mit meinem „einfältigen" Christenglauben nicht in vornehmer Gesellschaft? Da ist Trost von solchen, die selbst getröstet sind von dem Gott alles Trostes. Da ist Geist und ist Leben. „Tod, wo ist dein Stachel? Hölle, wo ist dein Sieg?"

Warum dieser Aufwand von schönen Worten für ein Buch, das in großer Bescheidenheit sich vorzüglich dem kleinen Kreis der P f a r r e r anbietet „als S t o f f s a m m l u n g für Reden bei Trauerfällen, als Liedagende bei Begräbnishandlungen, als wertvolle Hilfe an Kranken- und Sterbebetten, als trostspendende Gabe an Leidtragende"? Warum? Darum, weil es verdient, in die Hände möglichst vieler ernster Christenmenschen zu kommen! Es kann sie „bedenken lehren, daß wir sterben müssen, auf daß sie klug werden". Es kann sie froh machen im Glanz des Lichtes, das ausstrahlt von der „Wolke gläubiger Zeugen", die uns vorausgegangen sind. —

Eins allerdings habe ich an der 220 Seiten starken Sammlung zu kritisieren. Von den 12 Kapiteln lautet keines: „Die A u f e r s t e h u n g d e r T o t e n"! Dieses, im Neuen Testament so klar und eindringlich verkündete Thema scheint leider vielen der heutigen Frommen, „zu problematisch" geworden zu sein. Man weiß nichts rechtes mehr damit anzufangen. Man begnügt sich mit der Seligpreisung der „heimgegangenen S e e l e", verzichtet auf die Auferweckung des L e i b e s und hält sich dabei für besonders geistlich. Wehe denen, die etwas wegtun von der erhabenen Wahrheit des Evangeliums! Jesus und seine Apostel bezeugen einmütig die Erwartung der Totenauferstehung in unsterblichen, verklärten Leibern. Sie wissen die Entschlafenen ruhend von ihrer Arbeit und wartend der Auferstehung zum Leben oder zum Gericht. Wie ärmlich ist die Jenseitsvorstellung ohne das Wissen um die Auferstehung! Man nehme doch einfach eine Konkordanz zur Hand und schlage die Stellen nach, die reden von Auferstehung und Auferweckung! Da ist alles felsenfeste G e w i ß h e i t und nirgends Problematik! Vielleicht bekommt man dann wieder Gefühl dafür, wie „liberal" auch die „Positiven" unter uns geworden sind und wie sehr man sich am Christenvolk versündigt hat durch Unterschlagung wertvollster evangelischer Wahrheiten. — Was das im übrigen hier mit ganzer Wärme empfohlene Buch angeht, so glaube ich versichern zu dürfen, daß eine — hoffentlich bald nötig werdende — Neuauflage das eben bemängelte Versäumnis wieder gut macht! —

„Was suchst du, Mensch, bis in den Tod?
Du suchst so viel, und eins ist not!
Die Welt beut ihre Güter feil;
Denk an dein Heil
und wähl in Gott das beste Teil!"

(Chr. Fr. Heinrich Sachse, 1785—1860.)

Herausgeber ist der „Evangelische Volksbund für Baden", Bearbeiter sind Lic. Weber und Vikar Kehrberger. Der Verlag: Joh. Huß, St. Georgen i. Schwarzwald. Der Preis für das fein gebundene Buch: 4,50 RM. —

Hermann Leitz.

Wieviel Missionsgeld geht ins Ausland?

Es gehört in das Reich der Märchen, daß die Mission soviel gutes Geld ins Ausland bringt. Tatsächlich wird der größte Teil der Missionsgaben der deutschen Wirtschaft nicht entzogen. Es sind im ganzen etwa 7 Millionen, die in Deutschland, für alle Gesellschaften zusammengenommen, gegeben werden. Aber der Betrag, der wirklich dem Kreislauf der deutschen Wirtschaft entnommen wird, ist viel geringer. 1. Die Missionshäuser liegen in der Heimat. Die Ausbildung der Missionare und der ganze Heimatdienst der Mission verbrauchen einen recht erheblichen Prozentsatz unserer Einnahmen. 2. Eine ansehnliche Summe fließt den deutschen Schiffahrtsgesellschaften für die Fahrkarten der ausreisenden und heimkehrenden Missionsgeschwister zu. 3. Die Schulmaterialien und Arzneien für unsere Missionsfelder werden bei deutschen Fabriken bestellt. 4. Die Missionarskinder werden in Deutschland erzogen. Einen großen Teil ihres Einkommens senden darum unsere Missionsarbeiter wieder heim. Es mögen vielleicht 2 bis 3 Millionen Mark sein, die schließlich der deutschen Wirtschaft entgehen. Was ist das im Vergleich zu dem, was unser Volk jeden Monat für Südfrüchte, Tabak, Zigarren, Zigaretten, Weine und andere Genußmittel an das Ausland ausgibt! 1929 führten wir aus Frankreich für 11 Millionen — Lippenstifte ein. — Weiter: geht die obige Restsumme wirklich unserem Volke verloren? Man kann es doch kaum überschätzen, wieviel Sympathien unsere Missionare für Deutschland erringen. Es ist das nie der Zweck unserer Arbeit gewesen, es ist das aber oft der ungesuchte Erfolg. Jährlich werden Millionen und Abermillionen für Propaganda im Auslande aus privaten und öffentlichen Mitteln ausgegeben. Ob nicht die selbstverleugnende Arbeit unserer Missionare mehr wirkt, als diese gedruckte Reklame? Aber noch in einem tieferen Sinne dürfen wir sagen, daß unser Dienst der deutschen Christenheit zugute kommt. Es handelt sich im Grunde um eine einzige Front, in der wir in der Heimat und unsere Missionare in Afrika und Asien stehen. Wenn aber ein Abschnitt eine schwere Niederlage erleidet, dann wird dadurch die ganze Stellung erschüttert, das haben wir im Weltkriege gelernt. Darum können wir nicht tatlos zusehen, wenn auf dem Missionsfelde ein Zusammenbruch erfolgen sollte und weiterhin im Sinne des Werkes unverantwortliche Einschränkungen durchgeführt werden. Wir werden selbst ja mitbetroffen davon.

wußte, „wie im Brande des Madrider Jesuitenkonvents Tausende von kleinen Flämmchen wie eine Perlenschnur von Menschenhand zu besonderer Festlichkeit als Illumination aufgereiht waren." Dann läßt das „Berliner Tageblatt" die Katze völlig aus dem Sack und schreibt: „Diese Regierung, die lieber die Klöster brennen ließ, als den Bürgerkrieg zu entfesseln, hat recht getan, hundertmal recht getan! . . . Tiefe Staatsmannsweisheit und wahrer Pazifismus." Zwar hat die „Germania" recht, wenn sie schreibt, schlimmer hätte selbst die „Rote Fahne" sich nicht äußern können. Gewiß nicht! Aber, so fragen wir, gibt denn das Zentrum seinen Freunden und Bundesgenossen nicht den Laufpaß? Warum hält es den Demokraten aller Richtungen weiter die Steigbügel, leistet ihnen weiter Vorschub und ermöglicht ihnen auch jetzt noch die Untergrabung christlicher Moral und Sitte und gefährdet die christlichen Kirchengemeinschaften. Das Zentrum ladet eine Schuld auf sich, die ihm eines Tages im eigenen Lager repräsentiert wird. — Nun kommt der Papst und erklärt bei Erörterung der sozialen Frage, daß Katholizismus und wirklicher Sozialismus unvereinbar seien. Das ist die dritte, aber wohlverdiente Ohrfeige, die das Zentrum in diese unerwünschte Zwickmühle gebracht hat. Ob man daraus die Lehre ziehen und umkehren wird, ehe es zu spät ist? — Ib —

Notverordnung erst im Juni?

Immer noch Vorbesprechungen. — Brauns-Gutachten erst nach Pfingsten.

— Berlin, 23. Mai.

Die Vorbereitung der neuen wirtschafts- und finanzpolitischen Sanierungsmaßnahmen nimmt mehr Zeit in Anspruch, als man ursprünglich angenommen hatte. Die ganze Woche vor Pfingsten war mit Vorbesprechungen der beteiligten Ministerien ausgefüllt.

Am Freitag hatte der Reichskanzler mit dem Reichsfinanz-, dem Reichsarbeits- und dem stellvertretenden Reichswirtschaftsminister eine längere Aussprache, die im besonderen dem Problem der Arbeitslosigkeit und den Fragen der Ausbalanzierung des Etats gewidmet war. Eine Kabinettssitzung wird erst nach Pfingsten, voraussichtlich am Mittwoch oder Donnerstag, stattfinden, vorausgesetzt, daß bis dahin die Beratungen der Brauns-Kommission über die Arbeitslosenfrage beendet sein werden.

In unterrichteten Kreisen rechnet man allerdings nicht damit, daß das Gutachten bis dahin vorliegen wird. Eine Fertigstellung und Veröffentlichung der Notverordnung dürfte unter diesen Umständen vorläufig kaum zu erwarten sein. Wohl sollen alle Pläne vor der Abreise des Reichskanzlers nach Chequers grundsätzlich festgelegt werden, doch wird die Bekanntgabe erst nach der Rückkehr erfolgen, zumal die gesetzgeberische Ausarbeitung der Kabinettsbeschlüsse noch einige Zeit in Anspruch nehmen dürfte.

Inzwischen mehren sich die Schwierigkeiten der Länder und Gemeinden bei der Beschaffung der Unterstützung für die Wohlfahrtserwerbslosen. Der sächsische Innenminister Richter hat dem Reichskanzler die schwierige Finanzlage Sachsens geschildert, die durch eine wesentlich den Reichsdurchschnitt überschreitende Arbeitslosigkeit bedingt ist. Er stellte vor allem das Verlangen, daß das Reich den wesentlichsten Teil der den Bezirksfürsorgeverbänden auferlegten Last der Unterstützung der Wohlfahrtserwerbslosen auf seine Schultern nehme.

Der Deutsche Beamtenbund protestiert.

Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes nahm zu den in der Presse angekündigten Maßnahmen der Reichsregierung auf finanz- und wirtschaftspolitischem Gebiete Stellung.

Sie sprach sich erneut mit aller Entschiedenheit gegen jede Gehaltskürzung oder Sonderbelastung der Beamtenschaft aus und gab zugleich ihrem Bedauern Ausdruck, daß der Reichskanzler bis jetzt noch keine Gelegenheit zu der Aussprache gegeben hat, um die der Deutsche Beamtenbund bereits am 23. April nachgesucht habe.

Die Bundesleitung hat eine außerordentliche Tagung der Führer des Deutschen Beamtenbundes aus dem ganzen Reiche für Mittwoch, den 27. Mai, nach Berlin einberufen; für den gleichen Abend ist eine große Kundgebung vorgesehen.

*

Noch keine Untersuchung über die Reparationsfrage beantragt.

Zu der Meldung ausländischer Blätter, die Reichsregierung beabsichtige, bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich die Entsendung einer Kommission zu beantragen, die eine Diagnose hinsichtlich der Reparationsfrage stellen soll, wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß derartige Absichten bei der Reichsregierung nicht bestehen.

Die amtliche Mitteilung sagt nichts darüber, ob eine Neuregelung der Reparationsfrage in einer anderen Richtung gesucht wird. In diesem Zusammenhang verdient eine Londoner Meldung Beachtung. Danach nennt der Genfer Korrespondent des „Daily Herald" die Ernennung eines Ausschusses zur Erleichterung internationaler Anleihen unter den Auspizien des Völkerbundes hochwichtig. Denn es werde davon gesprochen, daß die Folge eine große langfristige Anleihe für Deutschland sein werde, die die Gefahr seines völligen wirtschaftlichen Zusammenbruches abwenden und hundert andere Probleme erleichtern würde.

Das Berliner Ehrenmal.

Einweihung der Gedächtnisstätte für die Gefallenen des Weltkrieges am 2. Juni.

Die Einweihung der Berliner Gedächtnisstätte für die Gefallenen des Weltkrieges (bisherige Neue Wache Unter den Linden) wird am Dienstag, den 2. Juni d. J., um 12 Uhr, stattfinden. Zu der Weihefeier in der Gedächtnishalle, an der der Reichspräsident teilnimmt, sind für einen kleinen Kreis von Personen Einladungen seitens des preußischen Ministerpräsidenten und des Reichswehrministers ergangen.

Auf dem Platz vor der Halle stehen die Ehrenkompanie mit den Fahnen des alten Heeres, das Wachtregiment Berlin sowie Abordnung der Marine und der Schutzpolizei, ferner Kranzdeputationen der Veteranen- und Kriegerverbände und ähnlicher Organisationen ohne Fahnen. Eine Batterie wird im Lustgarten Ehrensalut feuern. Die Glocken des Doms werden während der Feier in der Gedächtnishalle läuten.

Die Feier wird außerdem durch Rundfunk auf alle Sender übertragen. Der Reichspräsident, der bei seinem Eintreffen die Front der Truppen und der aufgestellten Veteranen- und Kriegerverbände abschreitet und sich sodann zur Weihefeier in die Halle begibt, wird danach vor der Halle den Vorbeimarsch der beteiligten Truppenabordnungen abnehmen.

Polnische Winkelzüge.

Deutschland soll den „Rechenschaftsbericht" annehmen. — Unerhörte Zumutung. — Vertagung bis zum Herbst?

— Genf, 22. Mai.

Wie von vornherein zu befürchten war, wird die polnische Regierung mit ihrer Verschleppungstaktik in der Oberschlesienfrage voraussichtlich vollen Erfolg haben. Da der Rechenschaftsbericht Polens über die Wahlzwischenfälle in Ostoberschlesien während der Ratstagung eingegangen ist, konnte die Angelegenheit erst auf die Tagesordnung der letzten Sitzung des Rates am Pfingstsonnabend gesetzt werden.

Die vertraulichen Verhandlungen sind bisher ergebnislos verlaufen, da Polen dem Vernehmen nach in allen Nebenfragen unnachgiebig ist, wenn Deutschland nicht den inzwischen mit großer Verspätung eingegangenen und vom Standpunkt sowohl der oberschlesischen Bevölkerung als auch vom Standpunkt der Januar-Entschließung des Völkerbundsrates durchaus ungenügenden Bericht der polnischen Regierung wenigstens grundsätzlich annimmt. Polen möchte, solange diese grundsätzliche Annahme nicht erfolgt ist, selbst einer Vertagung der Angelegenheit zur weiteren Ergänzung des Materials widersprechen.

Die Vertagung der Oberschlesienfrage auf die Septembertagung wird leider als feststehend angesehen, jedoch wird das deutsche Ratsmitglied ausdrücklich auf den ungenügenden und unbefriedigenden Charakter des Berichtes der polnischen Regierung hinweisen und die Notwendigkeit neuer verschärfter Forderungen des Rates an die polnische Regierung zum Schutze der deutschen Minderheit fordern. Irgendein Nachgeben der deutschen Delegation in dieser Hinsicht würde völlig untragbar sein.

Auch mit den Danziger Fragen ist man noch keinen Schritt vorwärts gekommen. Die Polen weigern sich, den für sie ungünstigen Bericht des Völkerbundskommissars Gravina vor dem Rat zur Annahme gelangen zu lassen. Gravina hält jedoch an seinem Bericht fest, zumal der Völkerbundsrat erst am Donnerstag seine Amtszeit um drei Jahre verlängert und ihm damit sein Vertrauen für die bisherige Amtsführung ausgesprochen hat.

Einzelbesprechungen der Ratsmitglieder.

Der sitzungsfreie Freitag vormittag wurde von den Delegationsführern zu einer regen persönlichen Fühlungnahme benutzt. Dr. Curtius hatte eine längere Unterredung mit dem japanischen Berichterstatter für Oberschlesien, empfing den italienischen Außenminister Grandi und danach Dr. Schober, der am Nachmittag Genf verließ. Auch zwischen dem Danziger Senatspräsidenten Dr. Ziehm und dem russischen Volkskommissar Litwinoff hat eine Unterredung stattgefunden, wobei die Fortsetzung der Schiffsbaulieferungen Danzigs für Rußland und der Ausfuhr von Danziger Zuchtvieh nach der Sowjetunion besprochen wurde.

Deutscher Sieg in Memel.

Ein Deutscher zum ersten Bürgermeister gewählt.

In der memelländischen Stadtverordnetenversammlung am Donnerstagnachmittag ist der Spitzenkandidat der memelländischen Volkspartei Rechtsanwalt Dr. Brindlinger mit 26 von 40 abgegebenen Stimmen zum 1. Bürgermeister der Stadt Memel gewählt worden. Für die Wahl wurde nur ein Wahlgang benötigt, da mit den abgegebenen 26 Stimmen die erforderliche absolute Mehrheit von 21 Stimmen bereits mit fünf überschritten war.

Nach der Wahl erklärte ein Vertreter der Arbeiterpartei (Kommunisten), daß seine Fraktion geschlossen für Dr. Brindlinger gestimmt hätte, um vor allem zu verhindern, daß Landrat Simonaitis, der als Kandidat der Litauer anzusehen ist und der sechs Stimmen erhielt, gewählt wird.

Die Wahl Brindlingers hat nicht nur eine völlig geschlossene bürgerliche Mitte gebracht, sondern auch die Einigkeit der Verwaltung der Stadt Memel bis ganz weit links in der Abwehr der litauischen Bestrebungen aufgezeigt.

* Das japanische Kabinett hat beschlossen, die Beamtengehälter ab 1. Juni bis zu 20 Prozent zu kürzen. Durch diese Maßnahme hofft der Premierminister 700 000 Pfund Sterling im Jahre zu sparen.

Die Ostfragen in Genf.

Memel und Danzig vor dem Rat.

Der Völkerbundsrat hat am Freitagnachmittag seine Arbeiten mit einer sehr reichhaltigen Tagesordnung fortgesetzt. Angenommen wurde zunächst der Bericht des spanischen Delegierten über den deutschen Antrag, die Zivilluftfahrt nicht in die Arbeiten der Abrüstungskonferenz einzubeziehen. Ferner wurden angenommen der Bericht über die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz, der die Wahl Hendersons zum Vorsitzenden und die Abhaltung der Konferenz in Genf vorsieht und der Bericht über die Beschlüsse des Europaausschusses. Die auf der Tagesordnung stehenden Punkte: Schutz der Minderheiten in Oberschlesien und in den polnischen Wojewodschaften Schlesien, Posen und Pommerellen wurden sodann auf morgen zurückgestellt.

Der norwegische Delegierte berichtete über

die deutsche Memelbeschwerde.

Was die juristischen Fragen betrifft, so sollen sich die Signatarmächte der Memelkonvention auf Grund des Artikels 17 dieser Konvention mit Litauen in Verbindung setzen. Komme eine Einigung nicht zustande, so soll der Haager Gerichtshof angerufen werden. Bezüglich der finanziellen Fragen verwies der Berichterstatter auf die im Anschluß an seinen Bericht von dem litauischen Außenminister Zaunius abgegebene Erklärung, daß der Anteil des Memelgebietes an den Einnahmen Litauens durch statistische Erhebungen mit Unterstützung von Sachverständigen des Völkerbundes ermittelt werden solle.

Danzig und Polen.

„Kein Grund zur Heranziehung polnischer Truppen."

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildete der Bericht des Oberkommissars in Danzig, der die Beziehungen zwischen der Freien Stadt und Polen behandelt.

Der britische Außenminister Henderson als Berichterstatter hob hervor, daß der gegenwärtige Konflikt kein Konflikt zwischen Danzig und dem Völkerbund sei und daß infolgedessen zu besonderen Schritten, insbesondere zur Heranziehung polnischer Truppen, keine Veranlassung sei.

In der von Henderson vorgeschlagenen Entschließung fordert der Völkerbundsrat die beiden Teile auf, alles in ihren Kräften Stehende zur Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu tun. Der Oberkommissar wird aufgefordert, für die nächste Ratstagung einen neuen Bericht vorzulegen.

Der polnische Außenminister Zaleski erklärte, daß er sich bei der Abstimmung über diese Entschließung der Stimme enthalten werde, da sie nicht dazu angetan sei, die Lage zu bessern. Der Danziger Senatspräsident Dr. Ziehm behielt sich vor, seine Bemerkungen zu gegebener Zeit vorzubringen, insbesondere auch gegenüber dem Oberkommissar des Völkerbundes, dem er anläßlich seiner Wiederwahl sein volles Vertrauen aussprach.

Der Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig, Graf Gravina, führte aus, daß in letzter Zeit die Lage in Danzig sich in recht bedrohlicher Weise entwickelt habe. Er kehre aber nach den heutigen Erklärungen im Völkerbundsrat nach Danzig mit der Hoffnung auf eine Besserung der Lage zurück.

Der Völkerbundsrat beschloß sodann auf Vorschlag Hendersons, die Frage der von Polen geforderten Gleichberechtigung der polnischen Staatsangehörigen auf Danziger Gebiet mit den Danziger Staatsangehörigen dem Haager Gerichtshof zu überweisen.

Der Völkerbundsrat vertagte sich sodann auf Sonnabend vormittag.

Gegen die Brotpreise.

Die Sozialdemokraten an den Kanzler.

Beim Reichskanzler ist ein Schreiben des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingegangen, in dem u. a. betont wird, daß die bisherigen Maßnahmen die in Aussicht gestellte und vom Gesetz vorgeschriebene Herabsetzung der Brotpreise auf den durchschnittlichen Stand der Monate von Oktober bis März, nicht haben bewirken können.

Wir sind der Meinung, so heißt es, daß es der Reichsregierung an der Macht, die Voraussetzungen für eine allgemeine Senkung der erhöhten Brotpreise zu schaffen, nicht fehlt, daß sie aber dieses Ziel am raschesten und wirksamsten auf dem Wege der allgemeinen Herabsetzung der Zölle für Brotgetreide und für die mit dem Roggenverbrauch konkurrierenden Futtermittel erreichen kann.

Wir machen die Reichsregierung erneut auf die schwere Beunruhigung aufmerksam, die die Nichterfüllung der Verpflichtungen der Regierung auf dem Gebiete der Brotpreissenkung in der Bevölkerung verursacht, und

wir müssen mit allem Nachdruck die sofortige Durchführung der zur Brotpreissenkung erforderlichen Maßnahmen, insbesondere der Zollherabsetzungen von der Reichsregierung fordern.

Zusammenarbeit im Bergbau.

Eine Rede des Abg. Imbusch auf dem internationalen Kongreß der christlichen Bergarbeiter.

Der bekannte christliche Bergarbeiterführer Abg. Imbusch sprach auf dem internationalen Kongreß christlicher Bergarbeiter in Straßburg über die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit im Kohlenbergbau.

Da im Kohlenbergbau, so führte der Redner aus, die Produktionsmöglichkeiten die Absatzmöglichkeiten bei weitem übersteigen, hat sich der Konkurrenzkampf der Staaten und Reviere sehr verschärft. In den umstrittenen Gebieten wird die Kohle sozusagen verschenkt. Infolge der scharfen Konkurrenz wurden zahlreiche Gruben stillgelegt, im Ruhrgebiet allein zwischen 1920 und 1930 105 Zechen, und im laufenden Jahre hat sich diese Zahl noch erhöht. Die Führung dieses Konkurrenzkampfes durch Herabsetzung der Selbstkosten auf Kosten der Arbeiter wird als ungangbarer Weg abgelehnt.

Nicht übersehen will der Redner, daß die Konkurrenz und die Schleuderpreise in den umstrittenen

Gebieten eine Schädigung der Industrie des eigenen Landes bedeuten. Die Ueberzeugung, daß die Schwierigkeiten des Kohlenbergbaus nur durch internationale Zusammenarbeit zu lösen seien, sei bereits allgemein.

Aber diese Zusammenarbeit dürfe sich nicht auf die Kohlenfrage beschränken. Sie müsse sich auf die Liquidierung des Krieges und der Kriegsfolgen erweitern, sonst würden Wirtschaftskrisen zum Dauerzustand.

Darüber hinaus aber müsse zwischen den Hauptproduktionsgebieten der Kohle eine Verständigung über Absatz und Preise herbeigeführt werden, nicht zur Ausbeutung der Völker ohne eigenen Bergbau, sondern zur Beseitigung der gegenseitigen Schädigungen. Auch zur Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau sei es jetzt die rechte Zeit.

Am Schluß der Tagung wurden verschiedene Entschließungen angenommen, in denen u. a. gefordert wird: die internationale Regelung der Kohlenindustrie, die Herabsetzung der Arbeitszeit, die Vereinheitlichung der Löhne und eine internationale Konvention über gegenseitige Sozialversicherung. Der Vorstand, dem für Deutschland Imbusch angehört, wurde einstimmig wiedergewählt.

V.D.A.-Tagung in Aachen.

Dr. Geßler wird Vorsitzender.

Der Verein für das Deutschtum im Ausland hält seine diesjährige Pfingsttagung in Aachen, dem Mittelpunkt der westlichen Grenzmark, ab. Die Hauptversammlung des Vereins wird den Nachfolger des zurücktretenden bisherigen Vorsitzenden von dem Busche-Haddenhausen zu wählen haben. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Wahl auf den früheren Reichswehrminister Dr. Geßler fallen.

Die Höhepunkte der Tagung werden u. a. die Rheinlandkundgebung am Pfingstsonntag und der Festzug am Pfingstmontag bilden. Die Stadt trägt festlichen Willkommenschmuck. Zahllose Gruppen von singenden Jungen und Mädchen mit ihren blauen Wimpeln sind bereits eingetroffen.

Triumphaler Empfang für Briand.

— **Paris,** 23. Mai. Dem heimkehrenden Außenminister Briand haben seine Freunde am Freitag abend einen triumphalen Empfang bereitet. Schon Stunden vor dem Eintreffen des Zuges drängte sich auf dem breiten Platz vor dem Lyoner Bahnhof und in der Halle eine nach Tausenden zählende Menschenmenge. Ein gewaltiges Polizeiaufgebot mußte sehr bald die Eingänge und Zufahrtsstraßen sperren. Als der Zug in die Halle einlief, erhob sich ein ohrenbetäubender Jubel, der sich auf dem Platz fortsetzte. Die Menge rief dauernd „es lebe Briand, es lebe der Friede". Damen überreichten dem Außenminister rote Rosensträuße. Das Gedränge der Begeisterten wurde bald derartig lebensgefährlich, daß die Scheiben der Glastüren in Splitter gingen, Leute in Ohnmacht fielen und schließlich eine Gruppe von Polizisten den arg bedrängten Minister buchstäblich heraushoben, in ihre Mitte nahmen und durch einen Seitenausgang in seinen Wagen geleiten mußten. Schwächere Gegendemonstrationen wurden von der Menge überschrien. Hier und da kam es zu Prügeleien mit Leuten, die „nieder Briand" zu schreien versuchten. Sobald der Wagen des Ministers fortgefahren war, setzte sich die Menge in einem gewaltigen Demonstrationszug über die großen Boulevards nach dem Quai d'Orsay in Bewegung. — Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung einer bisher unbekannten Ansprache des Staatspräsidenten Doumer, der Briand begreiflich zu machen gesucht hat, daß seine Niederlage in Versailles keine politische Bedeutung habe, gewinnt die Kundgebung vor dem Lyoner Bahnhof natürlich eine besondere Bedeutung. Briands Freunde versichern, daß es nur dieses Augenblicks bedurfte, um den Außenminister zu veranlassen, seine Demission zurückzuziehen.

Es muß einmal gesagt werden!

Wer iMi noch nicht kennt, hat noch nicht den Anschluß an die moderne Zeit gefunden. iMi ist der größte Zauberer im häuslichen Reich, und er versteht sein Fach wie kein Zweiter. Immer ist er schußbereit. Sie müssen ihm mal eine Aufgabe stellen, unbedingt! Aber geben Sie ihm eine harte Nuß zu knacken — und Sie werden sehen, wie er zupackt, wie er allen Schmutz, Unrat und alles Fett spielend zum Teufel jagt. Man kann seine helle Freude daran haben!

Quittung.

Für Heimathaus und Heimathilfe gingen weiterhin ein: H. S. in D. 10,—; J. in Sch. 2,—; U. K. in Sch. bei J. 3,—; Sch. in Bad S. 5,—; Frau Oberin Sch. in B. 100,—; H. B. in B. 50.—; F. G. in F. 5,—; E. v. P. in B. 25,—; F. v. S.-G. in Ch. 3,—; Frau A. K. in L. 3,—; v. d. G. in H. 10,—; L. T. in B. 5,—; P. F. in H. 2,—; R. in W. 5,—; Hauptlehrer St. in M. 5,—; C. D. in G. 5,—; W. B. in P. 3,—; Frau A. J. in L. 3,—; A. M. W. in M. bei F. 10,—; E. v. M. in P. 4,— Mark; insgesamt bisher RM 3 353,24.

Allen lieben Heimathelfern danken aufs Beste

Bethel und Dünne, den 22. 5. 1931

F. und G. v. Bodelschwingh.

Postscheckkonto G. v. B. Hannover Nr. 48273

Bethel.

— **Andreas Hofer,** der Sandwirt vom Passeier, Volks-Schauspiel in 4 Akten, wird am Pfingstmontag ½4 und 8 Uhr abends im Assapheum vorgeführt Zum Besten des Orgelbaues in der Senne. (Siehe Sonntagsblatt vom Sonntag Exaudi.) Einlaßprogramm numeriert 75 Pfg., andere 50 Pfg., Jugendliche 30 Pfg. in der Anstaltspost Telefonhaus und Ophir-Kasse.

— In Anbetracht der wärmeren Jahreszeit können wir Fischbestellungen nicht mehr entgegennehmen.

Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Frieda Sudeck
Arnold Wedel
Verlobte

Bethel bei Bielefeld, Pfingsten 1931

Qualitäts - Matratzen
in verschiedenen Füllungen wie
Roßhaar, Kapok, Ripengras mit Haarauflage, Ripengras
„Original Schlaraffia"
Polsterei Ordelheide, Bielefeld
Kreuz Str. 43

Wählen Sie für Küche und Büro eine
elektrische Uhr
sie bedarf keiner Wartung. In allen Fabrikaten erhältlich bei
H. Breder, Uhrmacher
Fernruf 1012 BIELEFELD Gütersloher Str. 14

Braunlage, Haus Klavehn, wünscht
2 geb. Kochlehrlinge
für 1. Juni einzustellen gegen geringe Zuzahlung.

Für kinderlosen, christl. Haushalt einfaches und zuverlässiges
Alleinmädchen
ohne Bubikopf gesucht. Schriftliche Angebote mit näheren Angaben und Gehaltsanspr. erbittet
Frau Reg.-Rat Dr. Straube, Berlin N. W. 21, Putlitzstr. 1.

Gutshaus in landschaftl. schönster Gegend, direkt am Walde gelegen, nimmt für kürzere u. längere Zeit
Erholungsuchende
auf. Tagespreis bei 4 Mahlzeiten 4,50 RM. Anfragen erbittet
Frau von Kleucke, haemelschenburg, Post Hameln Land.

Haus Pniel-Reinbek-Schloß
am Sachsenwald und Billestrand.
Neu hergerichtet, gr. Veranda. Park mit Liegewiese am Wasser. Preise niedrig, entgegenkommend. Küche sehr gut; auf Wunsch extra Kost. Tägl. Bibelstunden. Viele Ausflüge, Heide, Elbstrand, Seebäder. Prospekt und Bild durch **Marg. von Patow.**

Sommerfrische
Am Fuße des Teutoburgerwaldes. Schöner großer schattiger Garten. Liegewiese, Liegestühle. Pensionspreis 3,75 Mk. Keine Nebenkosten.
Frau Wesselmann, Obersteinhagen 307 Station Quelle.

I. Hypothek
Mk. 3000 bis Mk. 4000 auf ländliche Besitzung gesucht. Gefl. Angebote unt. A 1570 an d. Geschäftsst. d. Bl.

Locarno-Monti
Südschweiz.
Christl. Erholungsheim Tabor.
An der neuen Straße Locarno-Monte Bré, idyllisch, ruhiges, sonniges Heim in klimatisch vorzüglicher Höhenlage, bietet Ihnen Erholung an Leib und Seele und zugleich beste Gelegenheit, die Schönheiten des Südens kennen zu lernen. Hausandachten. Auf Wunsch Diätküche. Eig. Auto; Prospekt; bescheidene Preise; das ganze Jahr offen.
W. Keller, Prediger.



Bekannt, reell und billig!
Neue Gänsefedern
von der Gans gerupft, mit Daunen, doppelt gewaschen und gereinigt, beste Qualität 6 Pfd. Mk. 3.—. Halbdaunen Mk. 4.50, ¾ Daunen Mk. 6.25, Ia Volldaunen 9.—, 10.—. Gerissene Federn mit Daunen, gereinigt 3.40 und 4.75, sehr zart und weich 5.75. Ia 7.—. Versand per Nachnahme, ab 5 Pfd. portofrei. Garantie für reelle, staubfreie Ware. Nehme Nichtgefallendes zurück.
Frau A. Wodrich, Gänsemast, **Neutrebbin (Oderbruch)**

Frühjahrskuren
mit Pflanzenrohsäften sind
Wunderkuren
Wir empfehlen:
Brennessel-, Löwenzahn-, Johanniskraut-, Birken-, Knoblauchsaft etc.
Flasche 1.60
Reformhaus Eden
Neustädterstraße 8.

Christlich-national gesonnener
Kaufmann
der seine Geschäfte streng nach Treu und Glauben führt, 35 Jahre, völlig ungebunden, etwas vermögend, lange Jahre selbständig, zuletzt Vertretungen in Industrie- und Auto-Artikeln, sucht neuen Wirkungskreis. Angebote unter A 1578 an d. Geschäftsst. d. Bl.

Haus Groß Langenlonsheim
Kloningersmühle, Nähe Bad Kreuznach
finden Sommerfrischler freundliche Aufnahme. Ruhe und Erholung ohne Kurtaxe. Pensionspreis 4 bis 5 Mk. Prospekt frei.

Wiesbaden Evangelisches Hospiz Oranien, Oranienstr. 53. Zimmer mit und ohne Verpfleg., 5 Min. vom Bahnhof. Mäßige Preise.

Knoblauchzwiebelsaft
ist ein **hochwertiges Naturmittel** und besitzt die Eigenschaft den **erhöhten Blutdruck herabzusetzen,** daher äußerst wirksam gegen **Arterienverkalkung** und **Hämorrhoiden,** gut gegen **Magen-** und **Darmstörungen, Nieren-, Blasen-, Gallen-** und **Leberbeschwerden, Würmer,** bei **Zucker, Gicht, Rheumatismus** und **Asthma** sehr zu empfehlen. Schon vor **3000 Jahren** gebrauchten die **oriental. Völker** den **Knoblauchsaft** gegen viele Krankheiten und sollte dieses hochwertige Naturmittel deshalb in keiner Familie fehlen. **Preis pro Flasche** für ca. 4 Wochen reichend **Mk. 3.50.** Bei geschlossener Bestellung von 5 Flaschen, liefere ich die 6. Flasche gratis franco Nachnahme.
Otto Kadatz, Bad Oeynhausen 4.

Lisu Metall- u. Holz-**Betten** Schlafzim. Stahlmatr. Kinderb., Polster, Chaisel., an jeden. Teilz. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Bad Salzuflen
Haus Schmiedeskamp
Inh.: Geschw. Schmiedeskamp
Tel. 2769 Wüstenerstr. 15
Neuzeitlich eingerichtete Fremdenpension. — Beste Verpflegung. Pension von 6 Mk. an.

Der „Aufwärts" liegt auf
im Evangel. Erholungsheim **Hasliberghaus** Goldern, Berner Oberland, in herrl. windgeschützter Sonnenlage (1060 m) angesichts von Gletscher u. Schneebergen, mitten in Gärten, Wiesen u. Wäldern. Sorgfält. Verpflegung, traul. Familienleben. Tagespr. von 7 Fr. an. Ill. Prospekt vom **Hausvater Dr. R. Burckhardt, Pfr.**

Stellengesuche u.-Angebote
haben im
„Aufwärts" großen Erfolg!

Bad Salzuflen Teutob. Wald *Herz-Rheuma-Nerven-Luftwege-Frauenleiden* — Erm. Kurtaxe
2 naturw. kohlensäurereiche Thermalsprudel. — *Inhalatorium m. pneumat. Kammern*
Staatl. Hotel Fürstenhof H.I.R. Pension v. Mk. 8,50 an. - Prosp. d. Reisebüros u. Badeverwaltung. Pauschalkuren



Mundwoll zum und glänzend macht iMi alle Pfannen und Töpfe

Das geht blitzschnell! Angebrannte, angetrocknete Speisereste, Fett und Schmutz beseitigt iMi ohne jede Mühe. Silberhell strahlt Aluminium! Appetitlich frisch und sauber glänzt Emaille! Und wie schmackhaft läßt sich in iMi-gepflegten Töpfen kochen! iMi entfernt jeden Geruch aus den Gefäßen und macht sie vollkommen keimfrei. Zum Schutz der Gesundheit! Pflegen Sie Pfannen und Töpfe, überhaupt alles Geschirr, stets mit iMi. Sie sind viel schneller fertig, haben wenig Arbeit. Alles Geschirr ist stets tadellos sauber, hält länger und besser. iMi ist ergiebig und sparsam. Ein Eßlöffel gibt 10 Liter wirksames Spülwasser und was können Sie darin alles spülen und reinigen!

iMi Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel für Haus- und Küchengerät. Hergestellt in den Persilwerken.

